

Schwerpunkt: Europawahl, EU-Agrar- und Stromnetzpolitik

Ausgewählte Artikel der Weitblick-Ausgabe 2 | 2019 stellen wir Ihnen hier in Einfacher Sprache zur Verfügung. Einfache Sprache ist eine sprachlich vereinfachte Version von Standard- oder Fachsprache. Texte in Einfacher Sprache sind betont verständlicher, einfacher und klarer. Wir verzichten hier bewusst auf Fremdwörter, Redewendungen oder Metaphern, bildhafte Wendungen sowie Anspielungen oder Zwischentöne. Damit wollen wir einem größeren Teil der Bevölkerung Zugang zu Informationen ermöglichen.

(WEITBLICK 2 | 2019 auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/de/16479)

Wählen für Bauern, Bäuerinnen, Bienen und Klima

Mit der Europawahl die Landwirtschafts-Politik in die richtige Richtung drehen



Illustration: Michael Hüter

Die Landwirtschaft in Europa muss sich verändern.

Seit vielen Jahren müssen immer mehr Bauern ihre Bauernhöfe schließen. Vor siebzig Jahren war das noch sinnvoll, da sehr kleine Bauernhöfe oft nicht genug Geld verdienen konnten. Heute gelten Höfe als klein, wenn sie hundert Milchkühe oder tausende Schweine haben. Eigentlich sind das große Höfe, doch auch sie verdienen damit nicht mehr genug Geld. Das liegt auch daran, dass immer mehr Getreide, Fleisch und Milch auf dem Weltmarkt verkauft werden. Die Preise sind dort aber oft niedrig.

Chemikalien auf den Feldern vergiften Tiere und Insekten

Die Bäuerinnen und Bauern halten deshalb immer mehr Kühe und Schweine in immer größeren Ställen. Und Nahrungsmittel werden auf immer größeren Feldern angebaut. Das hat viele Nachteile für Tiere, Umwelt und auch für Menschen: So werden giftige Chemikalien auf die Felder gespritzt. Das soll Unkraut, Krankheiten und schädliche Insekten von

den Pflanzen fernhalten. Die Pflanzen werden auch mit Chemikalien gedüngt. Dadurch wachsen sie besser und haben mehr Früchte. Doch die Chemikalien sind oft auch giftig für Tiere, zum Beispiel Bienen, Rebhühner oder Feldhasen. Die Tiere können dort nicht mehr leben, wo diese Pflanzen angebaut werden. Auch für Insekten sind die Chemikalien gefährlich. Und wenn es weniger Insekten gibt, gibt es auch weniger Vögel, weil die von Insekten leben. Es gibt also insgesamt weniger Tiere und Pflanzen, wenn giftige Chemikalien in der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Zu wenig Platz in den Ställen macht Tiere krank

Tiere, die zu wenig Platz im Stall haben, werden öfter krank. Sie müssen regelmäßig mit Medikamenten behandelt werden, zum Beispiel mit Antibiotika. Wenn ein Tier aber zu oft Antibiotika bekommt, kann es passieren, dass ein Antibiotikum nicht mehr gegen die Krankheit hilft. Wenn Menschen diese Krankheit bekommen, kann es auch sein, dass das Antibiotikum bei ihnen nicht mehr hilft. Oft verletzen Tiere sich auch gegenseitig, wenn sie zu wenig Platz haben. Den Schweinen werden deshalb die Schwänze abgeschnitten, Hühnern die Schnäbel gekürzt und Kühen die Hörner entfernt.

Zu viel Urin und Kot von Schweinen auf den Feldern verschmutzt Grundwasser und Luft

Die Bauern nehmen oft den Urin und den Kot von Tieren, um damit die Felder zu düngen. Denn das fördert das Wachstum der Pflanzen. Wenn aber viele Tiere in einer Region gehalten werden, kommt mehr Kot und Urin auf die Felder, als die Pflanzen brauchen können. Was zu viel ist, vergiftet das Grundwasser mit Nitrat und die Luft mit Ammoniak. Das ist sehr schlecht für unsere Gesundheit.

Zu viele Kühe und Schweine verschlimmern den Klimawandel

Wir müssen insgesamt viel weniger klimaschädliche Treibhausgase ausstoßen. Denn nur so können wir eine Klimakatastrophe noch verhindern. Drei Viertel aller klimaschädlichen Gase in der Landwirtschaft stammen aus der Tierhaltung: aus Güllelagern, den Mägen von Rindern und dem Anbau von Futter. Wirksamer Klimaschutz in der Landwirtschaft ist deshalb nur möglich, wenn weniger Tiere gehalten werden. Trotzdem gab es in den letzten Jahren in Deutschland immer mehr Kühe und Schweine. Vor allem um mehr Fleisch und Milch in andere Länder zu

verkaufen. Dadurch sind aber auch immer mehr klimaschädliche Gase entstanden.

Zu viel Ausfuhr nach Afrika

Ein großer Teil der Milch und des Fleisches geht nach Afrika. Für die Bäuerinnen und Bauern dort bedeutet das, dass sie das Fleisch und die Milch ihrer eigenen Kühe und Schweine nicht mehr gut verkaufen können. Denn die Menschen kaufen lieber das billige Fleisch und die Milch aus Deutschland. Die afrikanischen Bauern verkaufen dann weniger und verdienen deshalb auch weniger Geld.

Die europäische Landwirtschafts-Politik sollte sich an die Ziele für nachhaltige Entwicklung halten. Aber die Europäische Kommission macht viel zu schwache Vorgaben. So kann man keine nachhaltige Entwicklung erreichen.

Die Europäische Kommission hat verstanden, dass die Europäische Landwirtschafts-Politik mehr für Umwelt- und Klimaschutz machen muss. Die Kommission hat dazu einen Vorschlag gemacht: Sie verspricht, dass sie die weltweiten Ziele für nachhaltige Entwicklung, die die Vereinten Nationen im Jahr 2015 beschlossen haben, umsetzen wollen. Das bedeutet, dass es dann mehr Umwelt- und Klimaschutz gibt. Und die Bäuerinnen und Bauern in Europa und den Entwicklungsländern mehr Geld bekommen.

Momentan zahlt die EU Geld an die Bäuerinnen und Bauern. Je mehr Land sie haben, desto mehr Geld bekommen sie. Sie bekommen das Geld, damit sie auf ihren Feldern etwas anbauen. Wie sie das machen, schreibt die EU ihnen nicht vor.

Jetzt hat die Europäische Kommission aber vorgeschlagen, dass die großen Betriebe weniger Geld bekommen sollen. Und die Bäuerinnen und Bauern sollen nur Geld bekommen, wenn sie umweltfreundlichere Landwirtschaft betreiben. Sie sollen zum Beispiel nicht immer die gleichen Pflanzen an derselben Stelle anpflanzen. Denn dadurch bleiben der Boden und die Pflanzen gesünder. Die Bäuerinnen und Bauern sollen auch aus Grasland kein Ackerland machen. Grasland speichert mehr Kohlenstoff und mehr Tier- und Pflanzenarten finden einen Lebensraum. Die Europäische Kommission hat aber auch gesagt, dass die einzelnen Länder in der EU selbst bestimmen dürfen, was die Bäuerinnen und Bauern für das Geld machen sollen. Dann besteht aber die Gefahr, dass die EU-Länder zu

schwache Regeln aufstellen. Besser wäre es, wenn die Europäische Union feste Regeln für alle Länder macht, wie viel Umwelt- und Klimaschutz es in der Landwirtschaft geben soll. So tragen alle zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung bei.

Die Europäische Kommission hat auch gesagt, dass alle Länder ihren Bauern und Bäuerinnen Vorschläge für mehr Umweltschutz machen sollen. Sie hat aber nicht gesagt, was das für Vorschläge sein sollen und wieviel Geld es dafür geben soll. Fest steht schon jetzt, dass Bauern mit mehr Land auch mehr Geld für Umweltschutz bekommen. Ein Problem dabei: Bauern mit vielen Tieren und wenig Land bekommen dann weniger Geld für Umweltschutz. Doch auch sie brauchen mehr Geld, damit sie ihre Tiere besser halten können: zum Beispiel mit mehr Platz, weniger Antibiotika und insgesamt für eine umweltfreundlichere Tierhaltung. Die Vorschläge der Kommission sind noch nicht gut genug.

Die Europawahl kann den Umweltschutz stärken oder schwächen

Die Länder der EU und das Europäische Parlament müssen den Vorschlägen der Kommission zustimmen. Der Landwirtschafts-Ausschuss des alten Europäischen Parlaments hat über den Vorschlag der Kommission diskutiert. Er ist dagegen, dass in der Landwirtschaft mehr für den Umweltschutz getan wird. Er will auch, dass für Umwelt- und Klimaschutz weniger Geld ausgegeben wird. Sie wollen, dass mehr Nahrungsmittel aus Europa in andere Länder verkauft werden. Bäuerinnen und Bauern sollen also noch mehr und billiger produzieren. Doch das ist schlecht für die Bauern und die Umwelt.

Europawahl: Wählen für Umwelt- und Tierschutz

Damit die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen umgesetzt werden können, brauchen wir Politikerinnen und Politiker, die Umwelt und Klima besser schützen. Diese Politiker müssen auch dafür sorgen, dass kleinere Bauernhöfe besser verdienen. Bei der Europawahl am 26. Mai können alle Europäer mitentscheiden, ob es bald in Europa eine Landwirtschaft gibt, die das Klima und die Umwelt schützt oder nicht. Sie können Politiker und Politikerinnen wählen, die sich für Umwelt- und Tierschutz einsetzen.

Autor: **Tobias Reichert**, Germanwatch

(Originalartikel auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/de/16480)

Hähnchenfleisch: Gefahr für die Gesundheit

Antibiotikaresistente Bakterien auf mehr als der Hälfte aller Billig-Hähnchen entdeckt

Die meisten Hähnchen in Deutschland werden auf sehr engem Raum zusammen mit Tausenden anderen Hähnchen gehalten. Bis zu 23 Tiere müssen auf einer Fläche leben, die etwa so groß ist wie eine Duschwanne. Sie verletzen sich oft gegenseitig und viele werden krank. Da Krankheiten oft durch



Bakterien entstehen, werden die Tiere mit Antibiotika behandelt. Diese Medikamente sollen krankmachende Bakterien abtöten. Das Problem ist, dass sich die Bakterien ständig verändern und bei Antibiotikaeinsatz gegen diese unempfindlich werden können. Dann spricht man von antibiotikaresistenten Erregern. Je öfter Antibiotika verwendet werden, desto schneller verbreiten sich die resistenten Bakterien. Wenn wir an solchen resistenten Keimen erkranken, helfen die entsprechenden Antibiotika nicht mehr. Dann braucht man Notfall-Antibiotika. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, dass die Notfall-Antibiotika möglichst selten angewendet werden. Sie sollen in „Reserve“ bleiben, damit Bakterien nicht auch gegen sie resistent werden.

In Hähnchenställen werden die Tiere oft mit Antibiotika behandelt. Germanwatch wollte deshalb wissen, ob resistente Bakterien auf dem verkauften Hähnchenfleisch sind. Dazu wurde in Märkten der Discountketten Aldi, Lidl, Penny, Netto und Real in verschiedenen deutschen Städten Hähnchenfleisch gekauft, das für wenig Geld angeboten wird. Das Fleisch wurde dann in einem Labor auf antibiotikaresistente Bakterien getestet. Die Ergebnisse sind alarmierend: Auf mehr als der Hälfte des untersuchten Fleisches fand das Labor antibiotikaresistente Bakterien. Auf einem Fünftel der Fleischproben gab es sogar Bakterien, die gegen drei verschiedene Antibiotika resistent sind. In jeder der Supermarktketten gab es mit resistenten Bakterien belastetes Fleisch. Das untersuchte Fleisch stammte aus den vier größten Schlachtunternehmen in Deutschland: Wiesenhof, Rothkötter, Plukon und Sprehe. Keines hat durchweg Fleisch angeboten, bei dem diese gefährlichen Resistenzen gar nicht gefunden wurden.

Die Untersuchung von Germanwatch zeigt, dass die industrielle Hähnchenmast zu viele Antibiotika einsetzt. Das führt zu den vielen resistenten Krankheitserregern. Besonders schlimm ist, dass auf etwa einem Drittel des untersuchten Fleisches Bakterien waren, die sogar gegen Notfall-Antibiotika resistent waren. Gelangen diese speziellen Resistenzen vom Fleisch in den Körper von Menschen, dann können überlebenswichtige Medikamente unwirksam werden. Wunden und Krankheiten lassen sich dann manchmal auch bei Menschen nicht mehr heilen.



Damit das nicht passiert, fordert Germanwatch, die Tierhaltung und besonders die Hähnchenmast grundlegend zu verändern. Zunächst müssen die für den Menschen besonders wichtigen Reserve-Antibiotika in der Tierhaltung verboten werden. Auch alle anderen Arten von Antibiotika dürfen nur noch eingesetzt werden, wenn ein Tierarzt festgestellt hat, dass sie gegen die Krankheit tatsächlich wirken. Staatliche Behörden müssen diese Regeln regelmäßig überprüfen. Damit die Tiere seltener krank werden, brauchen sie rund doppelt so viel Platz wie sie jetzt haben. Sie brauchen Frischluft und frische Einstreu, in der sie scharren und picken können.

Das deutsche Landwirtschaftsministerium nimmt die Untersuchung von Germanwatch ernst. Es sieht sie als Hinweis, dass die Hähnchenmäster und die Schlachthöfe so arbeiten, dass es massenhaft Resistenzen auf Fleisch gibt. Obwohl sie angeben, sich an die Gesetze zu halten. Das Ministerium will die Gesetze neu bewerten, die den Einsatz der Antibiotika bei Tieren regeln. Wenn nötig, sollen die Gesetze strenger werden.

Germanwatch wird weiter darauf drängen, dass Tiere so gut und gesund gehalten werden, dass sie viel weniger Antibiotika brauchen. Die vielen Milliarden Euro, die jedes Jahr für die Europäische Agrarpolitik ausgegeben werden, können dabei helfen. Dazu muss ein größerer Teil davon an Bauern und Bäuerinnen gehen, die ihre Tiere besser halten wollen.

Autor*in: **Reinhild Benning & Tobias Reichert**, Germanwatch

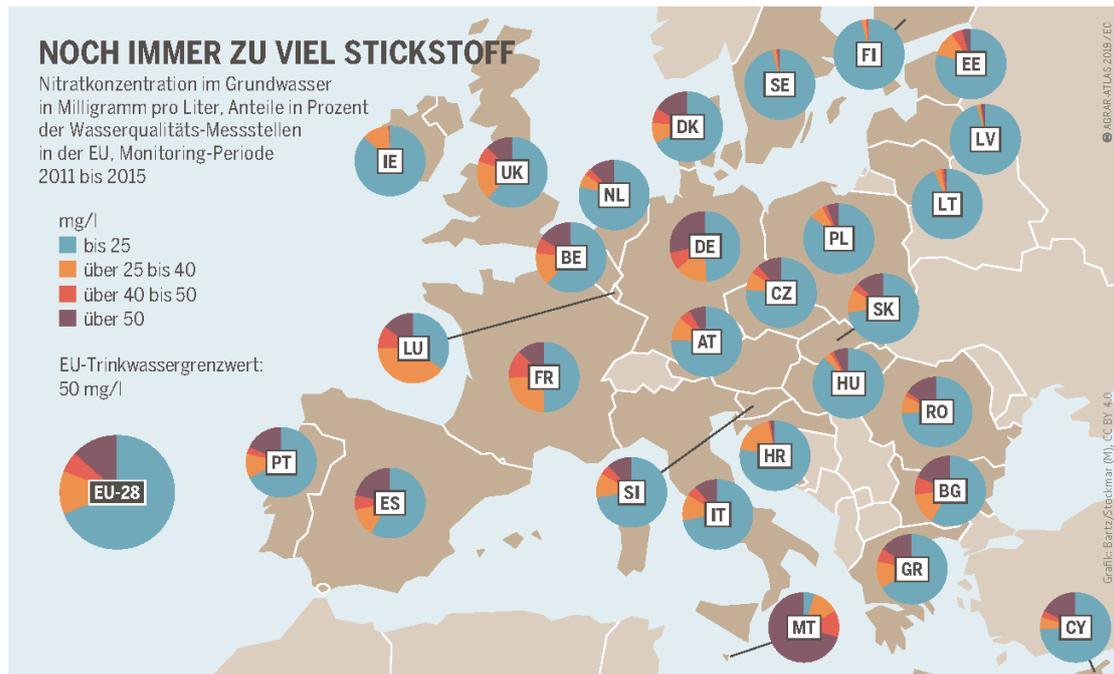
Zur Untersuchung: www.germanwatch.org/de/16426

Gute Regeln für die Wirtschaft auf europäischer Ebene

Nach dem zweiten Weltkrieg mit vielen Millionen Toten haben sich einige europäische Länder überlegt, wie sie den nächsten Krieg vermeiden könnten. Eine Lösung war, bei Handel, Wirtschaft und Politik besser zusammenzuarbeiten. Getreide, Stahl, Kleider, Autos sollten zwischen den Ländern frei gehandelt werden. So hätten die Unternehmen kein Interesse, dass andere Länder durch Krieg zerstört werden. Und tatsächlich gab es zwischen den mittlerweile 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) seit über 70 Jahren keinen Krieg mehr. Das gab es nicht oft in der Geschichte Europas.

Im Laufe der Zeit verursachte mehr Produktion und Handel auch mehr Müll. Luft und Wasser wurden schmutziger. Daher legte die EU für alle Mitgliedstaaten gemeinsame Ziele für den Umweltschutz fest. Davor wurde in den Ländern besonders viel produziert, wo es besonders billig und dreckig war. Das sollte nun durch den gemeinsamen Umweltschutz verhindert werden. 1991 wurden z.B. Grenzen dafür gesetzt, wie viel Nitrat im Wasser enthalten sein darf. Wenn mehr Nitrat ins Wasser gelangt, können Menschen, die davon trinken, krank werden. Deshalb hat die EU Höchstgrenzen für Nitrat im Wasser festgelegt.

In Deutschland funktionieren die EU-Umweltregeln unterschiedlich gut. Viele große Fabriken haben seither Filter und Kläranlagen eingebaut, so dass weniger schädliche Stoffe ins Wasser gelangen. Die Flüsse stinken meist nicht mehr und es gibt wieder einige Fische mehr. Dagegen ist die Belastung mit Nitrat in vielen Regionen nicht gesunken. Nitrat entsteht, wenn mehr Stickstoff in die Böden kommt als die Pflanzen brauchen. Das passiert vor allem, wenn zu viel Gülle aus der Massentierhaltung auf Felder und Wiesen ausgebracht wird. Deshalb messen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Gegenden, in denen viele Tiere gehalten werden, seit dreißig Jahren zu hohe Nitratwerte im Grundwasser. Die Menschen in diesen Gebieten mit starker Nitratbelastung, können ihr eigenes Grundwasser deshalb oft nicht trinken. Sie bekommen sauberes Trinkwasser durch lange Leitungen aus entfernten Gegenden ohne Nitratbelastung. Länder, die sich nicht an die EU-Regeln halten, müssen irgendwann eine Strafe bezahlen.



Deutschland muss wahrscheinlich fast eine Million Euro Strafe an die EU zahlen – und zwar an jedem Tag, an dem die Regierung zulässt, dass zu viel Gülle oder Nitrat im Wasser landen. Ein hoher Preis für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Umweltverbände wie Germanwatch fordern zusammen mit vielen Bauern und Bäuerinnen, die nicht so viele Tiere haben, weniger Tiere auf mehr Platz zu halten. Das ist tierfreundlicher und das Wasser würde wieder sauberer werden. Die Bundesregierung hat bis jetzt mehr auf den Bauernverband, große Schlachthöfe und Handelsunternehmen gehört, die immer mehr billiges Fleisch verkaufen wollen und daher Umweltregeln ablehnen. Die Strafen der EU könnte die Bundesregierung jetzt wohl dazu zwingen, ihre Politik zu ändern.

Umweltorganisationen wie Germanwatch meinen: Die Bundesregierung sollte diesen Fehler nicht bei einem anderen Thema wiederholen. 2018 hat die EU eine neue Regel beschlossen, damit weniger Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt werden. Antibiotika sind Medikamente, die gegen Krankheiten helfen, die von Bakterien verursacht wurden. Allerdings gewöhnen sich die Bakterien an Antibiotika, wenn sie immer wieder mit ihnen in Kontakt kommen. Sie werden resistent. Dann können Antibiotika weder kranke Tiere noch kranke Menschen heilen. Schon heute sterben deshalb jedes Jahr einige Tausend Menschen in Deutschland. Um das zu vermeiden, sollen Antibiotika nur im Notfall eingesetzt werden. In den

großen, engen Ställen erkranken die Tiere aber besonders oft. Tierärzte und Tierärztinnen in Deutschland setzen daher besonders viele Antibiotika ein. Germanwatch hat herausgefunden, dass der größte Teil des Hähnchenfleischs aus Massentierhaltung mit antibiotika-resistenten Bakterien belastet ist. Und ein großer Teil der Bakterien ist sogar gegen die besonders wertvollen Notfall-Antibiotika resistent. Diese Notfall-Antibiotika sind oft das letzte Mittel, um kranke Menschen doch noch zu heilen. Die resistenten Bakterien können auch von Tieren und von Fleisch auf Menschen übertragen werden.

Deutschland sollte die neue EU-Regel schnell umsetzen! Germanwatch meint: Dabei muss sie Notfall-Antibiotika in der Tierhaltung verbieten und die Gabe von Antibiotika in der Tierhaltung insgesamt reduzieren. Und die Regierung soll den Tierschutz verbessern. Dann bleiben die Tiere gesünder und brauchen nicht mehr so oft Medizin.

Autorin: **Reinhild Benning**, Germanwatch

(Originalartikel auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/de/16486)

Klimaschutz in der Landwirtschaft: Mehr Technik oder weniger Tiere?

Die Klimapolitik Deutschlands bekommt von mehreren Seiten Druck. Mit den „Fridays for Future“-Demonstrationen fordern zehntausende Schülerinnen und Schüler Woche für Woche wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise. Gleichzeitig hält Deutschland seine eigenen Klimaschutzziele für das Jahr 2020 nicht ein. Bis zum Jahr 2030 sollen in Deutschland 55 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen werden als 1990. Dieses Jahr soll die Regierung durch ein Klimaschutzgesetz festlegen, wie das Ziel erreicht werden soll. Dazu legt jedes Ministerium einen Plan vor, wie die Treibhausgase in seinem Bereich so verringert werden sollen.

Die wichtigsten Klimagase aus der Landwirtschaft sind Lachgas und Methan. Lachgas entsteht, wenn Pflanzen beim Wachstum Stickstoff aus dem Boden umwandeln. Methan entsteht in den Mägen von Rindern, Ziegen und Schafen sowie aus Gülle. Diese Gase wirken je Molekül, also je Gas-Teilchen, stärker auf das Klima als Kohlendioxid (CO₂). Daher wird ihre Wirkung umgerechnet in CO₂-Äquivalente (CO_{2eq}). Bis 2030 sollen aus der Landwirtschaft nur noch 58 bis 61 Millionen Tonnen CO_{2eq} ausgestoßen werden, 11 bis 14 Millionen Tonnen weniger als heute. Das Landwirtschaftsministerium will dieses Ziel vor allem durch zwei Maßnahmen erreichen:

- Bauern und Bäuerinnen sollen strengere Vorgaben bekommen, wie viel Stickstoff sie düngen dürfen. Dadurch entsteht weniger Lachgas. Gleichzeitig wird auch das Grundwasser weniger belastet (s. Artikel „Gute Regeln für die Wirtschaft auf europäischer Ebene“ von Reinhild Benning)
- Gülle soll luftdicht gelagert werden. Das Methan, das dabei entsteht, soll in Biogasanlagen genutzt werden.

Beides zusammen soll die Klimawirkung um bis zu 7,5 Millionen Tonnen CO_{2eq} verringern. Außerdem sollen weniger Lebensmittel weggeworfen und die ökologische Landwirtschaft ausgeweitet werden.

Die Klima-Allianz ist ein breiter Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen. Germanwatch arbeitet hier intensiv mit. Sie hat gezeigt, dass die Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums nur theoretisch ausreichen. Gülle müsste dann über weite Strecken transportiert werden. Zu Biogasanlagen und zu den Äckern, wo sie als Dünger gebraucht wird. Das

wäre teuer, würde mehr Verkehr verursachen und das Risiko von Unfällen würde steigen.

Die aktuelle Studie für die Klima-Allianz sagt: Die Klimaziele sind nur zu erreichen, wenn etwa ein Viertel weniger Fleisch und Milch erzeugt werden. Das bedeutet dann: Es gibt weniger Tierhaltung. Es entsteht weniger Methan in den Mägen der Tiere und weniger Gülle. Der Ausstoß von Klimagasen sinkt um fast 8 Millionen Tonnen CO_{2eq}. Weniger Fleisch und Milch heißt auch, dass die Ausfuhren von Fleisch und Milchpulver in andere Länder zurückgehen müssen. In den letzten Jahren sind die stark angestiegen. Auch der Verbrauch muss spürbar sinken. Zudem wäre es notwendig, weniger Milch- und Fleischprodukte wegzuwerfen.

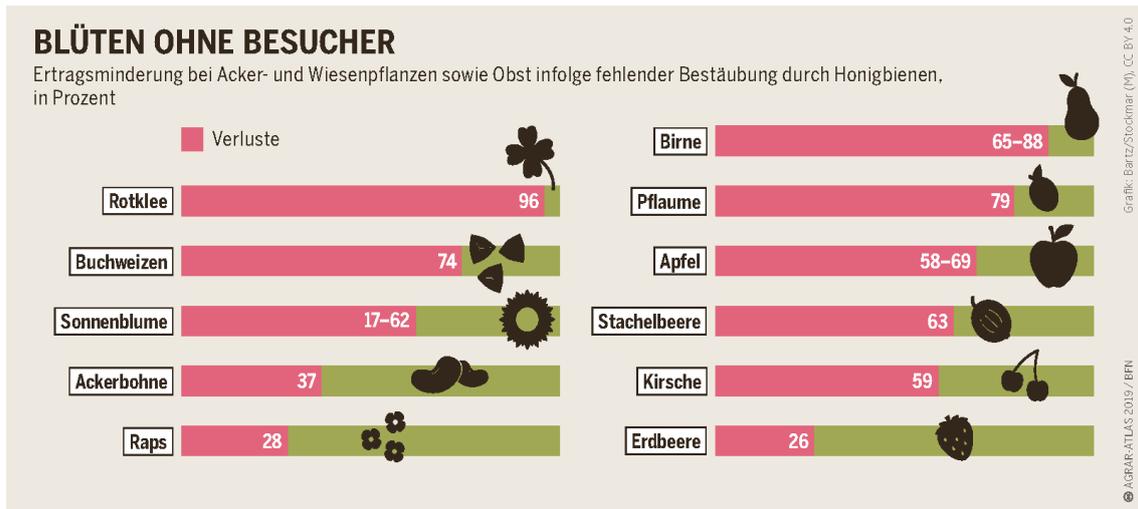
Autor: **Tobias Reichert**, Germanwatch

Agrarökologie: Der Plan für eine nachhaltige Landwirtschaft weltweit

Mehr als 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben im Weltagrарbericht von 2008 festgestellt: Eine Landwirtschaft, die viel chemischen Dünger und Gifte gegen Insekten und Unkräuter einsetzt, ist nicht zukunftsfähig. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Deshalb entwickelten Kleinbäuerinnen und -bauern und Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt das Konzept der Agrarökologie. Mittlerweile unterstützen es viele wissenschaftliche Institute ebenso wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). In Deutschland fordern mehr als 50 Organisationen aus Landwirtschaft, Handwerk, Umwelt und Entwicklung: Wir brauchen mehr agrarökologische Regeln in der europäischen Landwirtschaft und in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Auch der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Agrarökologie in Entwicklungsländern stärker zu fördern. Zur Landwirtschaft in Deutschland und Europa gibt es bisher keine solche Forderung.

Die Agrarökologie beruht auf Grundsätzen, die sich überall auf der Welt unterschiedlich anwenden lassen. Dabei geht es um ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Punkte.

Die wichtigsten Grundsätze sind Vielfalt und Kreislaufwirtschaft. Die Landwirtschaft soll zudem möglichst natürlich sein: Nährstoffe für die Böden und Pflanzen sollen vor allem aus Pflanzenresten und Tierdung stammen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Anbau von Pflanzen wie Erbsen und Bohnen. Diese Pflanzen können Stickstoff aus der Luft sammeln und damit auf natürliche Weise düngen. Insekten, die die angebauten Pflanzen schädigen, werden durch natürliche Feinde unter Kontrolle gehalten. Vögel und Igel essen zum Beispiel gerne die Larven von Käfern, die die Wurzeln von Kartoffeln fressen. Marienkäfer fressen gerne Blattläuse. Außerdem wechseln auf einer Fläche die angebauten Pflanzen regelmäßig. So können sich Schädlinge nicht so stark vermehren.



Auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene setzt die Agrarökologie auf kurze Wege. Lebensmittel sollen vor allem für den regionalen Markt erzeugt werden. Wenn sie nicht frisch verbraucht werden, soll die Verarbeitung möglichst auch in der Region stattfinden. Außerdem geht es darum, die Rechte der Bäuerinnen und Bauern zu stärken: Am besten ist es, wenn das Land ihnen gehört und sie selbst entscheiden können, welches Saatgut sie für den Anbau kaufen. Je natürlicher sie ihre Pflanzen anbauen, desto weniger sind sie außerdem abhängig von Konzernen, die Dünger und Pflanzengifte verkaufen. Wenn Bäuerinnen und Bauern mehr selbst entscheiden können, wie sie Nahrung erzeugen, können sie bessere Einkommen erzielen. Dazu ist es auch notwendig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher stärker regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel kaufen.

Autor: **Tobias Reichert**, Germanwatch

(Originalartikel auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/de/16484)

Das böse Spiel mit dem Klima

Wie Rechtspopulistinnen und -populisten die Energiewende gefährden wollen

Mehr als 1,5 Millionen Schüler*innen und Studierende fordern in über 2.000 Städten weltweit mehr Klimaschutz. Sie erhalten dafür breite gesellschaftliche Unterstützung, wie etwa durch die Anschluss-Bewegungen ScientistsForFuture (Wissenschaftler*innen für Zukunft) und EntrepreneursForFuture (Unternehmer*innen für Zukunft). Die meisten rechtspopulistischen Parteien aber ignorieren das. Einer neuen wissenschaftlichen Untersuchung zufolge ist den meisten rechtspopulistischen Parteien in Europa das Klima völlig egal. Klimaschutz lehnen diese Parteien größtenteils ab. Sieben dieser 21 rechtspopulistischen Parteien leugnen den Klimawandel sogar komplett. Neben der österreichischen FPÖ und der britischen Ukip vertritt auch die deutsche AfD diese krasse Position. Sie leugnet bewusst den Stand der Wissenschaft.

POSITION RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN ZUR KLIMAWANDEL-WISSENSCHAFT

Leugnend |
Skeptisch



Dänemark	Dansk Folkeparti / Dänische Volkspartei (DF)
Estland	Eesti Konservatiivne Rahvaerakond / Konservative Volkspartei Estland (EKRE)
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)
Großbritannien	United Kingdom Independence Party (UKIP)
Niederlande	Partij voor de Vrijheid / Partei für die Freiheit (PVV)
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
Schweden	Sverigedemokraterna / Schwedendemokraten (SD)

Keine Position |
Zurückhaltend



Belgien	Vlaams Belang / Flemish Interest (VB)
Bulgarien	Bulgarsko Natsionalno Dvizhenie / Bulgarian National Movement (VMRO)
Frankreich	Rassemblement National / Nationale Sammlungsbewegung (zuvor Front National) (RN)
Griechenland	Chrysi Avgi / Goldene Morgenröte (XA)
Italien	Lega Nord (Lega)
Litauen	Tvarka ir teisingumas / Ordnung und Gerechtigkeit (TT)
Norwegen	Fremskrittspartiet / Fortschrittspartei (PP)
Polen	Pravo i Sprawiedliwo / Recht und Gerechtigkeit (PiS)
Slowakei	Slovenska narodna strana / Slowakische Nationalpartei (SNS)
Schweiz	Schweizerische Volkspartei (SVP)
Tschechien	Svoboda a přímá demokracie / Freiheit und direkte Demokratie (SPD)

Zustimmend



Finnland	Perussuomalaiset / Die Finnen (PS)
Litauen	Nacion I Apvieniba / Nationale Vereinigung (NA)
Ungarn	Fidesz

Zudem versuchen diese Parteien gezielt, die Energiewende auszubremsen. Sie sprechen sich zum Beispiel gegen den Aus- und Umbau der Stromnetze aus. Einige Rechtspopulist*innen behaupten, sie tun das, weil sie die Landschaft schützen wollten. Aber um Landschaften wirklich zu schützen, müssen wir die Klimakatastrophe verhindern. Und der Klimaschutz braucht Stromnetze. Die Rechten hingegen wollen den Klimaschutz gefährden. Und damit gefährden sie die Sicherheit und die Lebensgrundlagen der heutigen und der kommenden Generationen. Wenn sich die Erde nicht stärker als 1,5°C erhitzen soll, dann brauchen wir die Energiewende. Und die Energiewende braucht einen zügigen Netzausbau und Netzausbau. Je weniger die Windkraft im Süden und Westen Deutschlands ausgebaut wird, umso mehr Netze werden benötigt. Ohne die Energiewende verliert Deutschland die Chance auf wirtschaftliche Vorteile durch Zukunftstechnologien und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Wenn sich einige europäische Rechtspopulist*innen dann doch für die Energiewende aussprechen, dann wollen sie Lösungen nur für ihr eigenes Land. Doch beim komplizierten Umbau unseres Energiesystems bringen Alleingänge nichts. Fest steht: Globale Krisen wie die Klimakatastrophe hören nicht an der Landesgrenze auf. Für eine bezahlbare und stabile Stromversorgung aus erneuerbaren Energien ist eine enge europäische Zusammenarbeit nötig. Viel Wind aus dem Norden und viel Sonne aus dem Süden Europas können helfen, dass alle Europäerinnen und Europäer immer mit günstigem Strom aus Erneuerbaren Energien versorgt sind.

Die deutschen Rechtspopulist*innen von der AfD sagen nichts darüber, dass die Verbrennung jeder weiteren Tonne dreckiger Kohle Mensch und Umwelt dramatisch schadet. Am härtesten betroffen sind heute die Menschen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Aber auch Deutschland bekommt die Folgen der Klimakatastrophe verstärkt zu spüren. Man denke nur an den schlimmen Hitzesommer im letzten Jahr oder die Schneemassen in diesem Winter in Süddeutschland. Wie der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC betont, geht es jetzt um jedes Zehntel Grad vermiedene Erderhitzung. Es ist daher von den Rechtspopulist*innen völlig verantwortungslos, der Energiewende Steine in den Weg zu rollen.

Bei der Europawahl ist es deswegen wichtig, Rechtspopulist*innen keine Chance zu geben. Wir brauchen ein Europa, das uns weiterhin Sicherheit

und Frieden bringt. Das geht aber nur mit gemeinsamem europäischen Klimaschutz.

Autor*innen: **Hendrik Zimmermann & Michelle Reuter**, beide Germanwatch

(Originalartikel auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/de/16487)

Meeresschutz beim Ausbau des Stromnetzes

31 Stromnetzbetreiber, NGOs und andere Organisationen unterzeichnen Regeln

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien in Europa ist wichtig, um Klimaschutz in die Tat umzusetzen. Die Kosten für Windenergie auf See (auch bekannt als Offshore-Windenergie) sinken immer weiter. Daher ist zu erwarten, dass Windenergie auf See zukünftig einen großen Teil des Stroms für Europa liefert.

Allerdings muss dafür auch das Stromnetz stark ausgebaut werden. Denn der auf See erzeugte Strom muss auch zu den Orten in Europa transportiert werden, wo er verbraucht wird. Es sollen nun auch viele Stromkabel unter Wasser, also im Meer verlegt werden.

Etwa ein Drittel der neuen Stromkabel, die insgesamt für Klimaschutz notwendig sind, sollen unter Wasser verlegt werden. Dazu gehören Projekte wie der „North Sea Wind Power Hub“. In diesem Projekt überlegt man, eine künstliche Insel in die Nordsee zu bauen. Die Windanlagen auf See sollen dann direkt an die Insel angeschlossen werden. Die Verbindung mit dem Festland würde dann nur von der künstlichen Insel abgehen und nicht von jedem einzelnen Windrad. Das InteGrid-Projekt zum Beispiel will so das Stromnetz in der Ostsee weiter ausbauen. Auch im Mittelmeer gibt es viele Netzausbauprojekte.

Viele Menschen sind der Ansicht, dass der Ausbau von Windrädern auf See die einfachste Lösung sei. Denn der Wind bläst dort heftiger und regelmäßiger, außerdem kann man die Windräder vom Land aus nicht sehen. Die Windräder auf See und die Seekabel müssen aber genauso sorgfältig durchdacht, geplant und umgesetzt werden wie an Land. Die Projekte müssen umweltverträglich und in offenen Prozessen geplant werden, zu denen alle betroffenen Personen und Organisationen Zugang haben. Unsere Meere sind empfindlich und wertvoll. Erfahrungen mit Meeresschutz sind in der Energiewirtschaft leider noch wenig verbreitet, da es bis jetzt hauptsächlich Projekte an Land gab.

Um das zu ändern, wurde die Marine Grid Declaration („Marine Stromnetz Deklaration“) der Renewables Grid Initiative (RGI) entwickelt. Dafür arbeiteten Umweltverbände, Netzbetreiber und Akteure der Energiewirtschaft aus ganz Europa zusammen. Auch die Europäische Kommission beteiligt sich daran. Zum ersten Mal haben sich alle auf eine

umfassende Liste von Regeln zum Schutz der Meere beim Bau von Seekabeln geeinigt. Alle, die daran mitgearbeitet haben, verpflichten sich, das Meer und die darin lebenden Tiere so gut es geht zu schützen und zu achten. Außerdem werden die Zusammenarbeit und der Austausch von Wissen zwischen den Organisationen ermutigt.

Am Tag der Europäischen Energieprojekte im März 2019 wurde die Deklaration von 31 beteiligten Organisationen in Brüssel feierlich unterschrieben. Christoph Bals hat als Politischer Geschäftsführer für Germanwatch unterzeichnet. Weitere Organisationen wollen in den nächsten Monaten unterschreiben. Nun ist es wichtig, darauf zu achten, dass alle Beteiligten die Regeln auch einhalten.

Autor*innen: **Michael Hickin**, RGI & **Eva Schmid**, Germanwatch

(Originalartikel auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/de/16488)

Impressum

WEITBLICK Nr. 2 | 2019

Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Christoph Bals, Klemens van de Sand.

Übersetzung in Einfache Sprache: Melanie Gehenzig

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:
www.germanwatch.org/de/16479

E-Mail-Abo bestellen: www.germanwatch.org/de/abos-bestellen

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn | Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin: Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin | Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org | Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Stiftung Mercator. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

